

Pressemitteilung

Baugenehmigungen in Hessen im ersten Halbjahr 2021: Nachfrage nach Wohnraum sehr groß. Öffentlicher Bau rückläufig

Wiesbaden, 17.08.2021

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Die Halbjahresbilanz bei den Baugenehmigungen in Hessen fällt in diesem Jahr gespalten aus. "Vor allem die Nachfrage nach Wohnraum ist sehr groß", kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen, Dr. Burkhard Siebert, die Baugenehmigungszahlen, die jetzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurden. Demnach wurden in Hessen im ersten Halbjahr 2021 der Neubau von 12.441 Wohnungen in Wohngebäuden (davon 2.755 Einfamilienhäuser) und Umbauten in Wohngebäuden für 425 Mio. € genehmigt: das sind 9,2 Prozent (Neubau) bzw. 15,1 Prozent (Umbau) mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Anders sieht es bei Nichtwohngebäuden aus. Hier sank die Genehmigung für Neubauten um 32,1 Prozent (auf 6 Mio. Kubikmeter), vor allem die nichtöffentlichen Bauherren bauten weniger neu: minus 35,7 Prozent. Die Umbaugenehmigungen bei Nichtwohngebäuden stiegen aber im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Anfang Januar bis Ende Juni 2021 in Hessen um 23,3 Prozent auf 637 Mio. €. Die Zahlen verdeutlichen, dass in Hessen nach wie vor ein enormer Bedarf auf dem Wohnungsmarkt besteht. „Wenn dieser Bedarf an Wohnraum durch Neubau nicht gedeckt werden kann, liegt das nicht an der Baubranche, sondern an dem viel zu knappen und teuren Bauland. Und der Bau braucht Planungssicherheit, die über eine Legislaturperiode hinausgehen muss. Wir benötigen auch langfristige

politische Zusagen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Wichtig ist zudem, dass ländliche Regionen mit einem leistungsfähigen ÖPNV angeschlossen werden, um die Städte zu entlasten. Im Wirtschaftsbau verdeutlichen die Zahlen, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie nun angekommen sind. Unsere Sorge ist, dass auch bald die Kommunen ihren Investitionsausgaben nicht mehr nachkommen können, weil sie von rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen besonders betroffen sind", so Dr. Burkhard Siebert.